

# Newsletter der Landtagsabgeordneten und Landtagsvizepräsidentin Heike Hofmann

- Aktuelles aus dem Landtag-

---

Februar 2023

Liebe Leserin, lieber Leser meines aktuellen Newsletters,

der Hessische Landtag ist bekannt für seine harten Debatten in der Sache. In der vergangenen Plenarwoche ging es aber besonders hoch her. Das lag insbesondere an den großen und wichtigen Themen auf der Tagesordnung. Debattiert wurde unter anderem über die verfassungswidrige Beamtenbesoldung der Landesregierung, über die Unterbringungsmöglichkeiten



für Geflüchtete, über die Vorgänge am Polizeipräsidium Frankfurt sowie einen Antrag der SPD-Landtagsfraktion für mehr Mitarbeiterwohnungen zur Linderung der Not auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt.

**Beamtenbesoldung:** Der Landtag in Dritter Lesung den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Anpassung der Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten im Land verabschiedet. Die Aufgabe für die Landesregierung war, eine verfassungsgemäße Besoldung für die hessischen Beamten sicherzustellen. An dieser Aufgabe ist Schwarzgrün gescheitert. In der parlamentarischen Anhörung ist der Gesetzentwurf massiv kritisiert worden. Die Stellungnahmen der Anzuhörenden waren für die Landesregierung geradezu vernichtend. Und trotzdem will die schwarzgrüne Mehrheit in diesem Haus heute ein Gesetz beschließen, das die Verfassungswidrigkeit der Beamtenbesoldung in Hessen eben nicht beseitigt. Dass dieses Gesetz auf Wunsch der Landesregierung und der Regierungsfaktionen hier dennoch einfach durchgewunken wird und dass keinerlei Anpassungen erfolgt sind, macht uns als SPD-Fraktion fassungslos. Das Gesetz ist nach der Nullrunde von 2015, nach der Beihilfekürzung und nach der Deckelung der Besoldungsanpassungen von 2016 bis 2018 eine Respektlosigkeit gegenüber den Beamtinnen und Beamten, die trotz ihrer sehr guten Arbeit weiterhin unter Wert bezahlt werden sollen.

**Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete:** Der Hessische Landtag hat sich in Erster Lesung mit einem Gesetzentwurf zur vorübergehenden Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden und zur Abwendung von Obdachlosigkeit befasst. Weltweit sind mehr als 100 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und schwersten Menschenrechtsverletzungen. Obgleich eine Vielzahl von ihnen als Binnenflüchtlinge im eigenen Land vertrieben sind, stellen die globalen Fluchtbewegungen eine enorme Herausforderung für die solidarische Zusammenarbeit insbesondere auch innerhalb der Europäischen Union dar. Diese Anforderungen sind zuletzt im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine nochmals angewachsen und werden sich auch mit Blick auf das schreckliche Erdbeben in der Türkei und Syrien weiter verschärfen. Zumindest kurzfristig werden wir als staatliche Akteure auch hierauf Antworten finden müssen um den Menschen schnellstmöglich Unterstützung zukommen lassen zu können. Die Versorgung von Menschen, die nach Deutschland fliehen, ist dabei eine gesamtstaatliche Aufgabe von Bund, Ländern und insbesondere auch den Kommunen. Insbesondere die Kommunen haben dabei in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, wie praktisch gelebte Humanität vor Ort aussieht – auch unter teils nicht einfachen Bedingungen.

**Vorgänge am Polizeipräsidium Frankfurt:** Die plötzliche Abberufung des kommissarischen Abteilungsleiters ‚Einsatz‘ im Polizeipräsidium Frankfurt ist ungewöhnlich und irritierend, denn der abberufene Beamte wurde ja vor noch nicht allzu langer Zeit mit Zustimmung des gesamten schwarzgrünen Kabinetts in sein Amt eingesetzt. Öffentlich wurde er sogar als ‚Vorzeigebeamter‘ beschrieben. Und nun soll er plötzlich das Vertrauen seiner Vorgesetzten in einem Maße verloren haben, das seine sofortige Entfernung aus dem Amt rechtfertigen soll? Das muss der Minister erklären, denn es ist nicht vorstellbar, dass der Frankfurter Polizeipräsident – der ein politischer Beamter ist – eine solche Personalentscheidung exekutiert, ohne Rücksprache mit dem Minister zu halten, der ihn eingesetzt hat. Und es war ja genau dieser Minister, der den plötzlich in Ungnade gefallen Beamten zum Sonderermittler im NSU-2.0-Komplex gemacht und dabei noch in den höchsten Tönen gelobt hat. Den Verdacht, dass es um mehr als einen Vertrauensverlust zwischen einem hochrangigen Polizeibeamten und dessen Vorgesetzten geht, dass vielmehr auch Politik im Spiel sein könnte, hat der Innenminister bisher nicht ausräumen können. Klar ist nur eines: Unter diesem Innenminister kommt die hessische Polizei nicht zur Ruhe. Als der Innenausschuss in dieser Woche über das Thema beraten hat, hat der Minister etliche Fragen und Nachfragen unklar, ausweichend oder gar nicht beantwortet. Da auch innerhalb der hessischen Polizei großes Unverständnis über die Personalie herrscht, werden

zwangsläufig einen neuen Berichtsantrag stellen, auf den der Minister gegebenenfalls in einer Sondersitzung des Innenausschusses antworten muss.

**Mehr Mitarbeiterwohnungen:** Hohe Mieten schrecken Fachkräfte ab – so lautet das Fazit einer im Herbst des vergangenen Jahres durch das Beratungsunternehmen PWC veröffentlichte Studie zum Fachkräftemangel in der Rhein-Main-Region. So wünschten sich insgesamt 84 Prozent der Befragten die Bereitstellung von Betriebswohnungen. Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat daher die Einrichtung einer neuen Förderlinie „Mitarbeiterwohnen“ gefordert. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum wird weiter zunehmen und er wird vor allem auch zu einer ernsthaften Bedrohung für die Wirtschaft in Hessen. Die in den unterschiedlichsten Branchen dringend benötigten Fachkräfte finden vor allem in der teuren Metropolregion keine Wohnungen mehr, die auch bezahlt werden können. Wohnen und arbeiten muss deshalb künftig stärker gemeinsam gedacht und entsprechend politisch gestaltet werden. Zu einer funktionierenden Wohnungspolitik gehören viele unterschiedliche Mosaiksteine. Nur gemeinsam und unter Einbeziehung unterschiedlichster Ansätze kann die Wohnraumfrage – eine der zentralen sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts – gelöst werden.

Es grüßt herzlich Ihre/Eure

Heike Hofmann, MdL

Landtagsvizepräsidentin

Weitere Informationen finden Sie/ihr unter: [www.heikehofmann.net](http://www.heikehofmann.net)

Wilhelminenstraße 7a, 64283 Darmstadt, Tel.: (06151) 3929473, Fax: (06251) 45072

E-Mail: [info@heikehofmann.net](mailto:info@heikehofmann.net)